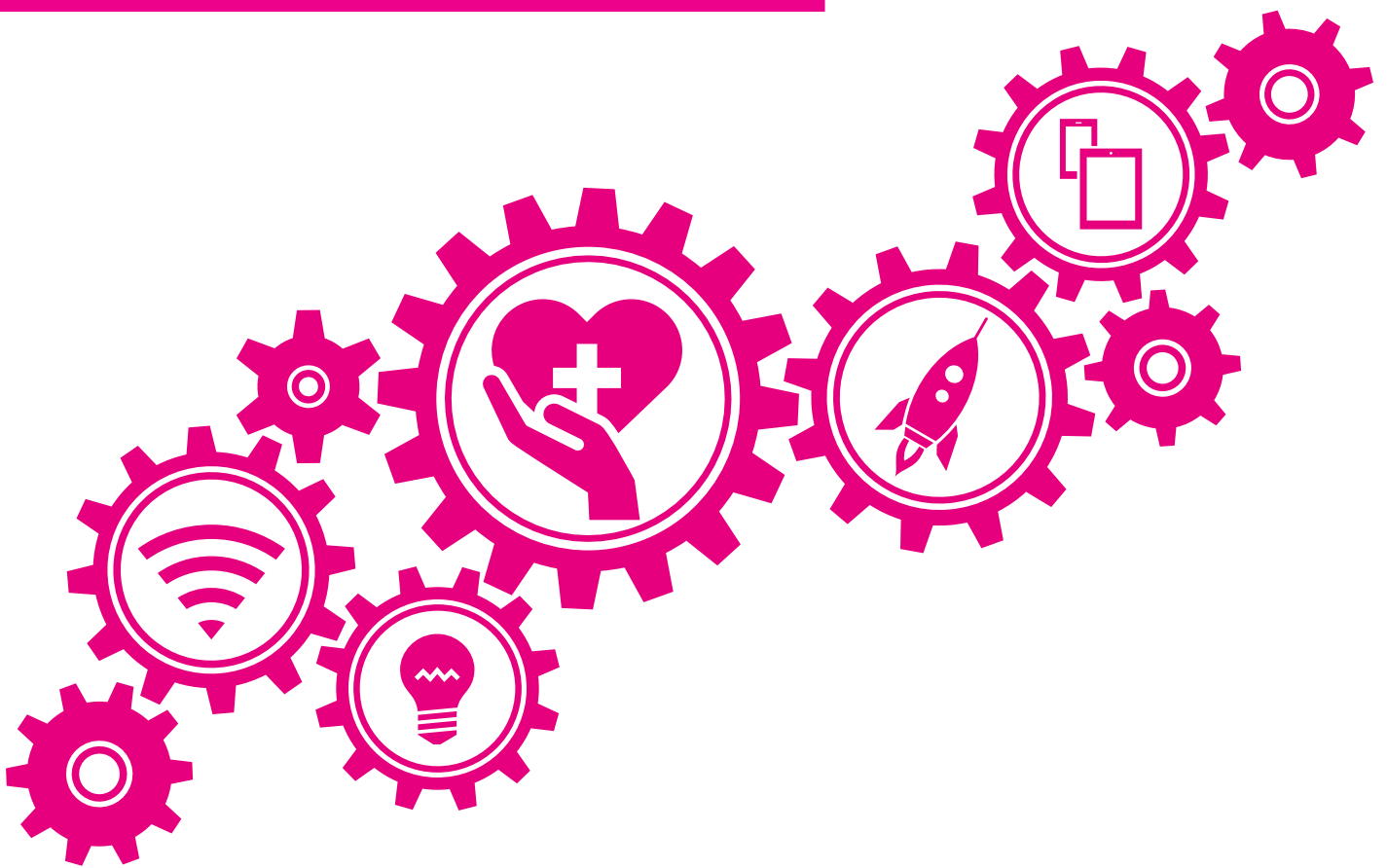
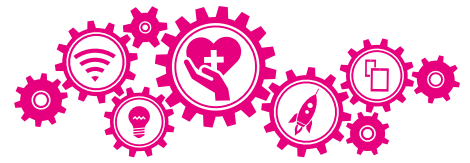


**Berlin öffnen.
Freiheit gewinnen.
Verantwortung zeigen.
Wege aus dem Lockdown.**



Wege aus dem Lockdown.



Die Menschen in Berlin sind den Herausforderungen der Corona-Pandemie entschlossen, einig und verantwortungsvoll entgegengetreten.

Der rigorose Lockdown wichtiger Bereiche des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens hat die Ausbreitung des Virus gehemmt und die Überforderung des Gesundheitswesens verhindert. Berlin hat so Zeit gewonnen, die potenziellen Gefahren der Pandemie einschätzen und begrenzen zu lernen. Die ergriffenen Maßnahmen haben die körperliche Gesundheit vieler geschützt und sicher auch Leben gerettet.

Der bislang erzielte Teilerfolg im Kampf gegen die Pandemie ist wertvoll. Er hat aber auch seinen Preis: Die Menschen in Berlin haben dafür mit Einschränkungen ihrer Freiheit, dem Verlust ihrer Arbeit, dem Verzicht auf Lohn- und Einkommensperspektiven, mindestens aber auch mit dem Abschied von bislang selbstverständlichen Gewohnheiten und sicher geglaubter Lebensqualität bezahlt.

Die Freien Demokraten haben den bisherigen Kurs der Landesregierung verantwortungsbewusst mitgetragen.

Die FDP steht zu ihrer Verantwortung, gerade auch, wenn es nun darum geht, die gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Begleiterscheinungen und Folgen der Pandemie, deren Umfang und Tragweite noch niemand absehen kann, abzufedern und aufzuarbeiten.

Die Berlinerinnen und Berliner erwarten zu Recht, dass ihr Land, der Staat, benachteiligten und gefährdeten, in Not geratenen Menschen Hilfsangebote unterbreitet.

Für die Freien Demokraten gilt es, nicht bei der Soforthilfe stehen zu bleiben, die Menschen vom guten Willen der Solidargemeinschaft abhängig macht, bis die Sozialkassen leer und die Mittel des Staates erschöpft sind.

Liberales Denken und sehen weiter.

Wir wollen den Berlinerinnen und Berlinern ihre Freiheit zurückgeben und die Vorsichtsmaßnahmen auf konkret Betroffene und tatsächlich Gefährdete fokussieren.

Wir wollen den Menschen in Berlin die Wiederaufnahme ihrer eigenverantwortlichen Lebensgestaltung ermöglichen und sie dafür durch die Wiederbelebung des Rechts auf Bildung in Kitas, Schulen, Ausbildungsstätten und Universitäten stärken.

Wir wollen die Berufs- und Bewegungsfreiheit im gesamten Land wiederherstellen, damit die gefesselten Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft ihre wohlfördernde Wirkung wieder entfalten können. Erst die Abgaben, Beiträge und Steuern aus dem erfolgreichen Wirtschaftsleben der Stadt schaffen die Voraussetzungen dafür, unser international geachtetes Gesundheitswesen und breit angelegte Krisenhilfe bezahlbar zu machen und sie leistungsfähig zu erhalten.

Die grundlegenden Abstands- und Hygieneregeln haben sich bewährt. An ihre Beachtung muss weiter durch geeignete Aufklärungsmaßnahmen, aber auch durch konsequente Sanktionierung bei Verstößen erinnert werden.

Weitergehende Forderungen und Maßnahmen müssen der kontinuierlichen und kritischen Prüfung ihrer sozialen Risiken und wirtschaftlichen Nebenwirkungen standhalten oder verantwortungsbewusst zurückgeführt werden. Aufgabe der politischen Öffentlichkeit, Wissenschaft und Gesellschaft ist es, darüber offen und sachorientiert zu diskutieren.

Nicht die Rückkehr zu den umfassenden Freiheitsrechten unserer Verfassung ist zu rechtfertigen, sondern die Aufrechterhaltung von Freiheitsbeschränkungen. Deshalb ist jede Maßnahme der Corona-Bekämpfung auf ihre Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit hin zu prüfen.

In der Verantwortung der Landesregierung steht es, die Eindämmungsmaßnahmen mit Blick auf die Infektionsentwicklung zu bewerten, anzupassen oder wieder außer Kraft zu setzen und darüber regelmäßig vor dem Parlament zu berichten. Das schafft Transparenz, die Abwägungsentscheidungen für Parlament und Gerichte nachvollziehbar macht.

Fehlende Abstimmung innerhalb des Senats, zögerliche Entscheidungen, unklare Zuständigkeiten, mangelhafte Information der Bevölkerung: Sie haben die Versäumnisse und Schwächen der Landespolitik deutlich gemacht und zur Verunsicherung der Bevölkerung beigetragen, als Handlungs- und Reaktionsfähigkeit gefragt gewesen wären. Dies muss später aufgearbeitet werden.

Nun müssen ausgetretene Pfade verlassen werden, um neue Wege zu finden. Mancher reagiert in der Krise mit alten Reflexen. Ideologen wittern in Zeiten öffentlicher Verunsicherung Morgenluft. Sie wollen Profit aus der Krise schlagen. Berlin muss aus Schaden klug werden, statt ihn zu maximieren.

Liberales ergreifen die Chancen, die sich in der Krise ergeben, um eine bessere Normalität einzuleiten.

Neues Denken, frische Ideen sind gefordert, nicht Klassenkampfrhetorik aus dem letzten Jahrtausend. Wir wollen die Fähigkeiten und Talente, die in Berlin stecken, aktivieren, um aktuelle und künftige Herausforderungen und Stresssituationen besser vorbereitet und ohne bleibende Schäden zu bestehen. Diese Resilienz stärkt Berlin im Vertrauen auf die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung unserer Verfassung gegen demokratie- und menschenfeindliche Tendenzen.

Jetzt geht es um pragmatische Perspektiven im weiteren Umgang mit den Folgen der Pandemie. Nur durch die Bereitschaft der Berlinerinnen und Berliner, die Realität beherzt zu gestalten, Verantwortung füreinander zu organisieren und zu übernehmen, können wir als Gesellschaft wachsen.



Gesundheit ist kein Zufall

Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist ein zentraler Wert unserer Verfassung. Ein Virus, gegen das wir noch keine Gegenmittel kennen, fordert unser Gesundheitswesen, die Gesellschaft insgesamt. Verantwortungsbewusste Politik muss den Blick auf die Bekämpfung der Pandemie richten, ohne deren Nebenwirkungen zu ignorieren.

Die Zunahme häuslicher Gewalt insbesondere gegen Kinder, soziale Isolation und Vereinsamung sowie die Stigmatisierung und Pathologisierung von „Risikogruppen mit Vorerkrankungen“ stehen für die beachtlichen Begleiterscheinungen einer Pandemie, die ein Stresstest nicht nur für die körperliche, sondern auch für die psychische und soziale Gesundheit unserer Gesellschaft ist.

Die Diskussion um die Materialknappheit bei Schutzmasken, Schutzkleidung und selbst Desinfektionsmitteln, aber auch Lieferengpässe bei lebenswichtigen Medikamenten (z. B. gegen Pneumokokken) haben die Abhängigkeit von ausländischen Märkten bewusst gemacht.

Der Mangel an persönlicher Schutzausrüstung (PSA) und Desinfektionsmitteln hat auch zur Schließung von Arztpraxen und somit zu einer Einschränkung der Gesundheitsversorgung geführt. Aufgrund der begrenzten Testmöglichkeiten werden noch immer zu wenig Menschen auf das Virus getestet.

Hier rächt sich die Nachlässigkeit der Berliner Gesundheitspolitik. Das Land ist jahrzehntelang seiner Zahlungsverpflichtung der Krankenhausinvestitionen nicht nachgekommen. Diese Finanzlücken haben die Krankenhäuser durch Sparen am Pflegepersonal ausgeglichen. Diese Pflegekräfte fehlen besonders in der heutigen Krise. Staatliche Regulierungsversuche (z. B. „Personaluntergrenzen“) scheitern an der Realität des Krankenhausalltags.

Hinzu kommt der schlechte Ausbau digitaler Strukturen im ambulant-ärztlichen Bereich. So fehlte der Überblick über freie Kapazitäten. Das erschwerte die realistische Einschätzung der Herausforderungen. Digital Health (z. B. aktuell sehr relevante Videosprechstunde) ist im klinischen und ambulanten Bereich kaum vorhanden, die nicht einheitlichen Datenschutzgesetzgebungen sind ein wesentliches Hindernis für innovative Entwicklungen.

Zum Gesamtbild gehört auch: Die Krankenhäuser sind zu wenig spezialisiert. Jede Klinik will am liebsten alles machen. Das führt zu vielen unnötigen, aber einträglichen Operationen. Die angeforderten Investitionskosten sind dementsprechend zu hoch. Die Krankenhäuser hatten Anlass zum Zweifel, dass ausreichend Beatmungsgeräte für den „Stressfall Corona“ zur Verfügung stehen. Zu Beginn der Herausforderung durch Covid-19 kam die Befürchtung hinzu, dass für eine exponentiell ansteigenden Zahl an Intensivpatienten zu wenig Intensivbetten zur Verfügung stehen würden. Immerhin lag die Durchschnittsbelegung der Intensivstationen schon vor

Corona bei 80 Prozent. Inzwischen ist die Belegung auf 50 Prozent zurückgeführt. Geplante Operationen wurden verschoben. Einzelne Krankenhäuser gehen in Kurzarbeit. Die Personalknappheit in der Pflege hält an. Sie wurde nach Schließung der Grenzen durch den Verlust von Kräften aus dem Ausland verschärft.

Sehr gut bewährt hat sich die Struktur des Gesundheitswesens und die Aufteilung Privater und Gesetzlicher Krankenversicherungen sowie landeseigener Krankenhäuser und Krankenhäuser in freier Trägerschaft. Die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens findet gerade in der Krise weltweit Anerkennung. Darüber verstummt die Forderung nach einer Bürgerversicherung und der Verstaatlichung aller Krankenhäuser. Der National Health Service (NHS) in Großbritannien und zum Beispiel seine Sozialauswahl durch Behandlungseinschränkungen für ältere und betagte Patienten kann für Berlin und Deutschland nur ein abschreckendes Beispiel sein.

Die Selbstverwaltung der Ärzte heißt nicht, dass der Senat die ambulanten Ärzte in Krisenzeiten im Stich lassen darf. Die Beschaffungshoheit von Schutzausrüstung muss für künftige Krisenfälle nachhaltig geklärt werden.

Das politische Krisenmanagement funktioniert nicht optimal. Einzelne Senatsverwaltungen entscheiden zu viel ohne die Expertise der Gesundheitsverwaltung. Dabei scheint politisches Bauchgefühl statt positiver Bevölkerungsschutz die politisch Verantwortlichen zu beherrschen.

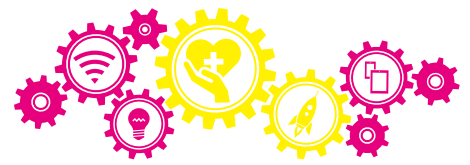
Die vorübergehende Überforderung der Gesundheitspolitik blieb nicht unbemerkt. Sie provozierte große Unsicherheiten in der Bevölkerung. Es mangelte an konkreten Vorgaben sowie der frühzeitigen Aufklärung etwa zu notwendigen Hygienemaßnahmen. Das ständige Korrigieren z. B. über die Wirksamkeit eines Mundnasenschutzes führt zu Unsicherheiten und teilweise zu Ablehnungsreaktionen.

Vielen, die sich schützen wollten, bot der Markt zunächst kein ausreichendes Angebot. Die Nachfrage selbst nach einfachen Artikeln der täglichen Hygiene hat die Flexibilität der Anbieter gefordert, aber auch kreative Lösungen gefördert.

Die Einrichtung des Corona-Behandlungszentrums auf dem Messegelände zeigt positiv, wozu koordiniertes Vorgehen und Kooperationsbereitschaft führen. Die dabei bewiesene Agilität und Flexibilität der Beteiligten, von Ausführenden und Verwaltung, muss Vorbild für die weitere Errichtung und den Unterhalt notwendiger und belastbarer Infrastruktur - nicht nur im Gesundheitswesen der Stadt - sein.

Erleichterungen bei der Pandemiebekämpfung müssen durch effektive Infektionsschutzmaßnahmen ergänzt und so durchgeführt werden, dass das Risiko einer Verschlimmerung des Infektionsschutzgeschehens und damit die Notwendigkeit erneuter Eindämmungsmaßnahmen minimiert wird.

Wege aus dem Lockdown.



Wir fordern konkret:

Digitale Infektionsbekämpfung

Das Infektionsgeschehen ist mit smarten Methoden einzudämmen. Dazu gehören insbesondere die verstärkte Nutzung digitaler Anwendungen, eine effektive Kontaktermittlung und eine bessere Datenerhebung sowie verbesserter Datenaustausch der Gesundheits- und Forschungseinrichtungen.

Antikörpertests verfügbar machen

Der Senat muss sich rechtzeitig um Kontingente kümmern, damit zur besseren Einschätzung der Lage die maximale Zahl an Antikörpertests für die Bevölkerung zur Verfügung steht

Testkapazitäten ausbauen

Bei einem erneuten Anstieg der Fallzahlen ist die schnelle diagnostische Abklärung mit leicht verfügbaren Tests unverzichtbar. Dazu müssen kurzfristig „Drive-In-Teststationen“ aufgebaut werden - am besten in jedem Bezirk.

Vernetzung von Gesundheitskräften verbessern

Die Vernetzung von Kassenärztlicher Vereinigung und Senat muss verbessert werden. Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss nicht alles leisten. Mobile Arztpraxen können hier Entlastung bringen.

Personaleinsatz erleichtern

Gesetzliche Hürden zum Einsatz von qualifiziertem Personal der Altenpflege in Krankenhäusern und umgekehrt sind abzubauen.

Infektionsschutz im ÖPNV

Mehr Infektionsschutz im ÖPNV durch z. B. Handdesinfektionsspender, regelmäßige Zwischen-Desinfektion der Fahrzeuge, Durchsetzung und Kontrolle des Mund-Nasen-Schutzes.

„Nebenwirkungen“ des Infektionsschutzes angehen

Häusliche Gewalt, aber auch psychische Folgen des Lockdowns müssen durch die Intensivierung der Aufklärungs-, Beratungs-, Informations- und Hilfsmöglichkeiten, aber auch eine konkrete Aufstockung der Unterbringungs- und Schutzkapazitäten für Gewaltopfer, insbesondere auch Kinder, begegnet werden.

Ohne Wirtschaft ist alles nichts

Richtig ist: Wirtschaft ist nicht alles. Richtig ist aber auch: Ohne Wirtschaft ist alles nichts. Und: Wir alle sind Wirtschaft, als Dienstleister, Produzent, Verbraucher. Was Berlin, was wir nicht erwirtschaften, kann z. B. nicht in den Gesundheitsschutz fließen.

Die Berliner Wirtschaft hat in den letzten Jahren ein so starkes Wirtschaftswachstum verzeichnen können, wie kein anderes Bundesland. Hierbei waren die Bereiche Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie das Gastgewerbe mit seiner ausgeprägten Gastronomie besonders erfolgreich. Neben den Dienstleistungsbereichen war auch das produzierende Gewerbe mit Zuwächsen im Baugewerbe und die modernen Industrieproduktionen an der Schnittstelle von Industrie und Digitalisierung für dieses überdurchschnittliche Wachstum verantwortlich. Dann kam Corona. Die Krise hat keine Branche Berlins unbeeinflusst gelassen.

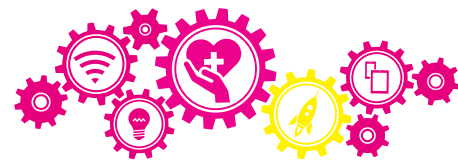
Ein wichtiger Stützpfiler der Berliner Wirtschaft ist der Tourismus mit seinem Reise- und Gastgewerbe, mit Gastronomie und Beherbergungsunternehmen. Insgesamt generiert der Tourismus in Berlin einen Beschäftigungseffekt von knapp 250.000 Vollzeitbeschäftigten und einem jährlichen Umsatz von 11,5 Mrd. Euro.

Auch der Berliner Handel und die Dienstleistungsbranchen leiden unter den drastischen Folgen der Einschränkungen. Während einige wenige Branchen mit Restriktionen weiterhin den Betrieb aufrechterhalten konnten (Lebensmittel, Baumärkte, Buchhandlungen, Online-Handel, etc.), mussten einige Händler den Betrieb vollständig einstellen. Sie müssen mit dem Hotel- und Gaststättengewerbe im Jahr 2020 Umsatzeinbußen von über 80 Prozent verkraften.

Insolvenzen und Personalabbau sind die Folgen. Die Zwischenlösungen zur Kurzarbeit fangen den Handlungsdruck vorübergehend ab. Die negativen Arbeitsmarkteffekte der Krise werden in ihrem Umfang erst voll durchschlagen, wenn das Wirtschaftsleben wieder uneingeschränkt anspringt und das Arbeitskräfteangebot auf ein Geschäftsvolumen trifft, das durch fehlende Kauf- und Investitionsbereitschaft stark verringert ist.

Die knapp 11.000 Start-up-Unternehmen in Berlin sind durch die Corona-Krise stark betroffen. Während einige von ihnen durch eine sehr agile Struktur sich schnell in neue Märkte einfinden können, fällt für etliche das gesamte Geschäft durch die Einschränkungen weg. Hierzu zählen beispielhaft die vielen Start-ups, die Apps oder Produkte der Sharing-Economy für den Verkehr oder den Tourismus entwickelt haben. Durch die Einschränkungen des Tourismus und der Ausgangsbeschränkungen fällt ihr Geschäft nahezu vollständig weg.

Wege aus dem Lockdown.



Das Berliner Handwerk konnte in den letzten Jahren durch eine gute Auftragslage solide wirtschaften und ein gutes Wachstum verzeichnen. Aber auch hier verzeichnen dreiviertel aller Betriebe einen Umsatzrückgang durch die Corona-Krise: Stornierte Aufträge, Personal, das krankheitsbedingt, hauptsächlich aber aufgrund der fehlenden Kinderbetreuung ausfällt und die Schließung von Handwerksbetrieben mit Ladenlokalen kennzeichnen die Situation.

Engpässe in den Lieferketten erschweren die Versorgung. Sie gefährden auch die Produktion in der Berliner Industrie, wenn Komponenten fehlen bzw. Zulieferbetriebe aufgrund der Einschränkung der Hauptbetriebe keine Aufträge mehr bekommen.

Staatliche Beteiligungen aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds können nur zeitlich begrenzt und als lebenserhaltende Sofortmaßnahmen gesehen werden, um Unternehmen vor einer krisenbedingten Insolvenz zu bewahren. Nach überwindener akuter Krise und Rezession muss Berlin langfristig wieder Kurs auf Wirtschaftswachstum nehmen.

Hierzu wird der Berliner Branchenmix, der auch zuletzt für stetiges Wachstum sorgte, beitragen. Insbesondere Berlins herausragende Stellung im Bereich der modernen Industrieproduktion mit einem Schwerpunkt auf KI und anderen digitalen Produkten wird sich hierbei positiv zeigen. Darüber hinaus werden einige Bereiche mit Hilfe der richtigen Maßnahmen so unterstützt, dass sie möglichst unbeschadet aus dieser Krise hervorgehen sollten. Aber auch das produzierende und verarbeitende Gewerbe mit dem Handwerk bleibt ein starker Pfeiler.

Längerfristige Unterstützung werden die Bereiche benötigen, die noch längere Zeit unter Betriebseinschränkungen zu leiden haben, wie etwa das Gastgewerbe oder der Handel, aber auch die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Die Kurzfristigkeit der Kommunikation zu Schließungen und Öffnungen hat viele Unternehmen vor große Schwierigkeiten gestellt. Sie brauchen Planungssicherheit, um unnötige Kosten, insbesondere durch Wareneinkauf und Personal, zu vermeiden. Auch die Umsetzung unvermeidlicher Schutzkonzepte zur Wiederaufnahme des Betriebs erfordern, dass die einzelnen Schritte von Lockerungen frühestmöglich und transparent kommuniziert werden.

Klare Kommunikation und zuverlässige Briefings auch für die Handelskammern und Unternehmensverbände, sowie die Medien wären hier Maßnahmen, die Vertrauen bilden und vorausschauende Planung ermöglichen würden.

Die folgenden Maßnahmen sollen einzelne Wirtschaftsbereiche mit gezielten Maßnahmen kurzfristig unterstützen und langfristig die Konjunktur wiederbeleben.

Wir fordern konkret:

Maßgeschneiderte Finanzhilfen für Unternehmen und Selbständige

Umsatz und Gewinn des Vorjahres liefern bessere Ansatzpunkte für staatliche Corona-Hilfen als starre Mitarbeiterzahlen. Die Finanzämter kennen diese Zahlen für alle in Berlin steuerpflichtigen Selbständigen und Unternehmen. Deshalb sollten sie ein unbürokratisches Hilfsprogramm umsetzen, bei dem die Frage, ob Darlehen oder Zuschüsse gewährt werden, ebenso wie deren Höhe, nicht branchenabhängig sein darf, sondern vor allem von Länge und Schwere der aktuellen Beschränkungen des Geschäftsbetriebs abhängen. Unser Vorschlag ist maßgeschneidert auf die finanzielle Situation der Unternehmen zugeschnitten und unbürokratisch umsetzbar. So könnte man im Besonderen dem Tourismusbereich helfen, der kaum Chancen hat, die entgangenen Umsätze nachzuholen.

Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand

Berlin braucht ein Investitionsprogramm für den Breitbandanschluss aller öffentlichen Einrichtungen und für das digitale Verkehrsmanagement. Das Vorziehen und Beschleunigen von Investitionen in den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) kann einen wichtigen Impuls zur Belebung des Arbeitsmarktes setzen. Der Senat ist angehalten eine entsprechende Liste mit Prioritäten zu erarbeiten. Alle kommunalen Investitionslücken sind sofort zu schließen. Hierzu zählen auch die durchführbaren Vorgaben zur Umsetzung des E-Government-Gesetzes. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen konsequent digitalisiert und verschlankt werden. Insbesondere für die Digitalisierung der Verwaltung sind schnell Ausschreibungen zu fertigen, damit sich auch Berliner Start-ups mit digitalen Lösungen bewerben können. Wo keine formelle Ausschreibung nötig ist, sollen im Rahmen der Beschaffung auf dem Berliner Markt befindliche Angebote schnell eingekauft werden (z. B. digitale Plattformen zur Raumvergabe).

Einzelhandel

Bei einem Wiederbeleben des inländischen Tourismus in diesem Jahr wird es verstärkt zu Wochenendtouristen kommen, da viele Bundesbürger ihren Urlaub für die Kinderbetreuung verwendet haben. Hierfür müssen die Einzelhändler in der Lage sein, auch am Wochenende ihre Geschäfte und Warenhäuser zu öffnen, um den Millionenverlust abzumildern. Daher ist eine umfassende Lockerung der Sonntagsschließungen und Ausrufung von landesweiten Sonntagsoffnungen unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen nötig. Hierdurch kann auch die Auslastung der Ladenflächen verhindert werden.

Förderprogramme Start-ups

Der Gründergeist in Berlin wurde in den letzten Jahren von verschiedenen Förderprogrammen der IBB unterstützt. Es ist daher notwendig, auch diese Fördertools auf die aktuelle Corona-Krise und die Herausforderungen



für Start-ups anzupassen. Zins- und Tilgungszahlungen für das Förderprogramm ProFIT der IBB und ggf. andere laufende Förderprogramme sollten kurzfristig pausiert und Mittel für laufende Förderprogramme für Start-ups aufgestockt werden. Außerdem muss geprüft werden, ob gegebenenfalls Förderlücken für Start-ups bestehen, insbesondere im Bundesländervergleich (siehe z. B. das ProSeed-Programm in Baden-Württemberg).

Online-Handel und Lieferverkehr

Auch nach der Krise wird es zu erhöhtem Online-Handel kommen. Hierfür sollten Konzepte für ökologische und effiziente Lieferwege entwickelt werden und z. B. der Ausbau von Packstationen als kontaktlose Liefermöglichkeit verstärkt und in regelmäßigen Abständen bzw. an „Hotspots“ temporäre Lieferzonen errichtet werden.

Abschlagszahlung Kurzarbeitergeld

Die Anzeige und Beantragung des Kurzarbeitergeldes ist sehr langwierig. In der Zwischenzeit müssen Arbeitgeber die Personalkosten aus eigenen Mitteln vorfinanzieren. Wenn eine genaue Prüfung des Kurzarbeitergeldes zu zeitaufwendig ist, könnte alternativ auch eine Abschlagszahlung erfolgen. Hier könnte man die Personalkosten der letzten drei Monate nehmen und pauschalisiert das KUG berechnen und umgehend auszahlen. Mehr- oder Minderbeträge könnten im laufenden Jahr angezeigt und verrechnet werden.

Reise- und Gastgewerbe

Die Übernachtungssteuer (sog. City Tax) ist sofort bis Jahresende auszusetzen, um die Belastungen für die Hotels zu senken. Neue Attraktionen und Sehenswürdigkeiten gilt es zu fördern, um den Herbsttourismus zu beleben. Ebenso soll an Events, die kontrollierbar sind oder im öffentlichen Raum stattfinden sollen, festgehalten und diese Maßnahmen durch eine überregionale und internationale Werbekampagne begleitet werden.

Bildung schafft Chancen

Das Fehlen von Fachkräften, angemessenen Unterrichtsflächen, Lehrmitteln und -inhalten vor dem Hintergrund der Digitalisierung haben die Bildungsdebatte schon vor Corona dominiert. Die aktuelle Lage macht die Versäumnisse der Vergangenheit auf unerwartete Weise bewusst und fordert mehr Tempo bei eingeleiteten Maßnahmen zur zeitnahen Anpassung an bekannte und neue Herausforderungen.

Die aktuell erforderlichen Abstands- und Hygieneregeln schärfen den Blick für die notwendigen Veränderungen bei Aufenthalts-, Gemeinschafts- (z. B. Schulmensen) und Unterrichtsräumen und besonders Sanitär-, aber auch bei den Außenanlagen.

Die Vorteile kleinerer Klassen bewegen seit Langem die pädagogische Debatte. Der Gesundheitsschutz erzwingt nun überschaubare Klassenverbände. Das rückt die Knappheit an qualifizierten Lehrkräften und Raumkapazitäten in den Fokus.

Durch die Schließung von Berufsschulen kam es zu einer Mehrbelastung der Auszubildenden. Für viele Auszubildende entstehen insbesondere aufgrund der Kurzarbeit finanzielle Probleme: Gleichzeitig trüben sich die Perspektiven für Betriebsübernahmen im Anschluss an die Ausbildung aufgrund der schwächelnden Wirtschaft ein. Durch die Verschiebung der Abschlussprüfungen können Ausbildungsverträge auslaufen und Azubis im schlimmsten Fall ohne Abschluss und Ausbildung dastehen. Durch die absehbare Rezession ist eine geringere Zahl an Ausbildungsplätzen zu befürchten.

Die aktuelle Pandemie lässt die bisherigen Grenzen, aber auch die Chancen digitaler Bildung klar hervortreten. Die Herausforderungen an das häusliche Lernen und mobile Arbeiten für Schülerinnen und Schüler, aber auch das Lehrpersonal sind offensichtlich.

Die Ausstattung mit elektronischen Endgeräten und die räumliche Rahmenbedingungen ungestörten – analogen oder digitalen – Lehrens und Lernens sind abhängig von sozialem Status und Digital-Affinität höchst unterschiedlich.

Die „digitale Alphabetisierung“ des Schulbetriebs hängt derzeit stark vom individuellen Engagement einzelner Lehrkräfte ab. Die Qualität der dezentral erbrachten Angebote ist nicht standardisiert gesichert.

Der Austausch zwischen den Lehrkräften und ihren Schülerinnen und Schülern erfolgt je nach Präferenz seitens der Lehrerinnen und Lehrer und technischer Erreichbarkeit der Schülerinnen und Schüler auf elektronischem, telefonischem oder selbst postalischem Weg.

Wege aus dem Lockdown.



Das digitale Angebot, der „Lernraum“, des Landes Berlin ist den Anforderungen des Unterrichts im flächendeckenden Online-Regelbetrieb personell und technisch nicht gewachsen. Das System konnte den Bedarf und Zuspruch nicht stabil und störungsfrei bedienen.

Eine zentrale Zuständigkeit für die elektronische Infrastruktur der öffentlichen Berliner Bildungslandschaft aus einer Hand, eine Art „Digitalisierungsbüro“ mit Anbindung an ein ertüchtigtes Dienstleistungszentrum für die Informationstechnik (ITDZ), fehlt. Die strukturelle Verantwortung der zuständigen Senatsverwaltung als Träger der Koordination dezentraler Maßnahmen hat kein Gesicht.

Die Bezirke mit der Zuständigkeit für den Schulunterhalt erscheinen bei immer noch stark zurückgefahrener Arbeitsfähigkeit nicht ausreichend personell aktiviert, um die akuten Sofortmaßnahmen zur Wiederaufnahme des Schul- und Prüfbetriebs positiv zu befördern.

Alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind dabei selbstredend auf Maßnahmen wie etwa die stufenweise Öffnung von Kindertagesstätten und Schulen angewiesen und auf koordiniertes, vorausschauendes Handeln des Senates angewiesen.

Wir fordern konkret:

Kinder fördern, Kitas öffnen, Eltern entlasten

Der zurückgefahrene Betrieb von Kindertagesstätten ist bedarfsgerecht und verantwortungsbewusst auch auf Kinder auszudehnen, deren Eltern nicht in Berufen tätig sind, die im Zeichen der Pandemie als „systemrelevant“ bezeichnet werden. Voraussetzung ist ein Öffnungskonzept, das die epidemiologisch gebotenen Abstands- und Hygieneregeln kindgerecht und verhältnismäßig anwendet. Dazu sollen „redundante Gruppen“ gebildet werden, die in den Kita-Gebäuden und auch deren Außenanlagen räumlich abgegrenzt betreut werden. Die Gruppengröße ist auf zunächst fünf Kinder zur begrenzen. Wo die Kitakapazitäten räumlich und personell für den erweiterten Betrieb noch nicht ausreichen, ist die Betreuung in Kohorten zu organisieren.

Schulhygiene verbessern

Schulgebäude müssen auf einen zeitgemäßen hygienischen Standard gebracht werden. Der Investitionsstau bei Sanitäranlagen muss aufgelöst werden. Eine zentrale Agentur zur Instandhaltung der Schulinfrastruktur kann hier zur notwendigen Koordination und Bündelung sowie Beschleunigung des Mittelflusses beitragen. Zudem müssen Schulen weitere Budgetmittel für erforderliche kleinere Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Neue Hygieneräume erschließen

Der Rummangel für neue Desinfektionsmaßnahmen kann durch temporäre

re Bauten (Container oder „Desinfektionszelte“), wie sie aktuell in Dänemark zum Einsatz kommen, überbrückt werden, bis neue Raumangebote erschlossen werden können.

„Halbe Klassen“ für Unterricht im Wochenwechsel

Für die Wiederaufnahme des Schulbetriebs empfiehlt sich mit Blick auf die Abstandsregeln und knappen räumlichen und personellen Ressourcen die Bildung von „halben Klassen“ mit 13 - 15 Schülerinnen und Schülern. Diese würden abwechselnd zwei Wochen nach dem gewohnten Lehrplan analog in der Schule und zwei Wochen per digitalem Homeschooling unterrichtet.

Bildungsstudios einrichten

Schülerinnen und Schüler ohne eigenen Raum für das konzentrierte Lernen sind in Turnhallen und Schulaulen temporäre Studios (ggf. mit den technischen Lösungen des Messebaus), zur Einzelnutzung als Bildungscampus zu errichten. Die Nutzung von unbelegten Containerdörfern, etwa der Geflüchtetenunterbringung, ist zu prüfen.

Digitale Endgeräte für alle

Digitale Endgeräte müssen kurzfristig als digitale Lernmittel anerkannt werden, damit diese über Sozialleistungen bezogen werden können. Die Beschaffung und Administration über die Schulen organisieren zu wollen, würde zu viel Zeit kosten und Schulen mitunter überfordern. Lehrende müssen mit geeigneter Technik für mobiles Arbeiten ausgestattet werden.

IT-Kräfte für den Schulbetrieb gewinnen

Gleichzeitig sollte die „coronabedingte“ neue Situation und Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt für qualifizierte Fachkräfte für eine Anwerbeoffensive (internetaffiner) Quereinsteiger für den Schulbetrieb genutzt werden.

Unterrichtsausfall digital zurückdrängen

Zur Rückführung des auch jenseits von Krisenzeiten auftretenden Unterrichtsausfalls sind umgehend konkrete Pläne zur künftigen „virtuellen“ Beschulung zu erstellen. Die Schulen sind in die Lage zu versetzen und zu verpflichten, eine dem Lehrplan entsprechende (virtuelle) Beschulung für alle Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten, um den Unterrichtsausfall sukzessive inhaltlich zu minimieren.

Recht auf Bildung digital sichern

Um einer zunehmenden Chancendiskrepanz vorzubeugen, sind Lernformate zu etablieren, die Kinder und Jugendliche ohne elterliche Hilfe nutzen können. Die Zukunft gehört web-basierten Anwendungen mit menschlicher Interaktion und Blended-Learning-Systemen, die Präsenzzeiten mit Online-Anwendungen kombinieren. So wird es möglich, auf individuelle Voraussetzungen und Begabungen einzugehen, aber auch Lernkontrollen und andere für den Lehrbetrieb wichtige Feedbacksysteme weiterhin zu stärken.



„Lernraum“ professionalisieren

Der digitale „Lernraum“ des Landes Berlin ist im Dialog mit seinen Anwendern beschleunigt zu optimieren, um seine Alltagstauglichkeit, Nutzerfreundlichkeit und Qualität zu professionalisieren.

Zentrale IT-Zuständigkeit für die Bildungslandschaft.

Gefordert ist eine zentrale Zuständigkeit für die elektronische Infrastruktur der öffentlichen Berliner Bildungslandschaft aus einer Hand, eine Art „Digitalisierungsbüro“, mit Anbindung an ein ertüchtigtes Dienstleistungszentrum für die Informationstechnik (ITDZ).

Digitalisierung öffnet Horizonte

Die Berliner Verwaltung ist auf eine Präsenz- und Vor-Ort-Kultur ausgerichtet. Die plötzliche Umstellung auf Homeoffice und Telearbeit hat frappeierende Schwächen bei der technischen Ausstattung offenbart, die dringend behoben werden müssen. Denn nur ca. 10 % der Beschäftigten verfügen über mobile Endgeräte wie beispielsweise Laptops. In der Realität war die Mehrheit der Berliner Verwaltungsmitarbeiter trotz bestem Willen zur Untätigkeit zu Hause verurteilt.

Tatsächlich können nur Bruchteile der Beschäftigten des Landes Berlin parallel über eine sichere Verbindung (VPN-Tunnel) auf Verwaltungsdaten zugreifen. Homeoffice als Regelarbeitsmodell erfordert den Ausbau von Bandbreiten und Kapazitäten beim Zugang zu einem sicheren Intranet.

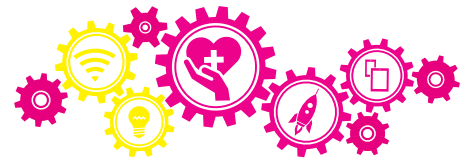
Ohne eine sichere Kommunikation und einen regelmäßigen Austausch unter den Beschäftigten - auch behörden- oder sogar bundesländerübergreifend - kann eine qualitätsvolle, dezentrale, und digitale Verwaltungsarbeit nicht gewährleistet werden. Die hierfür notwendigen Kommunikationsinstrumente fehlen gänzlich. Selbst Senatorinnen und Senatoren müssen auf private (und unsichere) WhatsApp-Gruppen zurückgreifen.

Die vorübergehende Schockstarre des politischen Betriebs eröffnet die Chance, für grundlegende Veränderungen im Bereich der Digitalisierung und der Verwaltungsmodernisierung zu werben. Sie können die Folgen der Covid-19-Pandemie zumindest teilweise abfedern, insbesondere jedoch helfen, auf zukünftige Krisen schneller und effizienter reagieren zu können.

Es gilt nun von Seiten des Senats, umfassende Maßnahmen zu treffen um die Möglichkeiten der Digitalisierung, insbesondere in Krisenzeiten, schneller und effizienter nutzbar zu machen. Die Verwaltungsdigitalisierung ist daher auch in Krisenzeiten unverändert voranzutreiben.

Eine bürgerfreundliche und serviceorientierte Verwaltung ist für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenleben in unserer Stadt unabdingbar. Gerade in einer Stadt wie Berlin, die sich wie kaum eine andere europäische Metropole durch eine dynamische Bevölkerung, eine blühende Kulturlandschaft und eine starke Wirtschaft auszeichnet, steht die öffentliche Verwaltung vor der Daueraufgabe, mit den damit einhergehenden Veränderungen, Schritt zu halten. Dieser Anspruch hat naturgemäß auch bereits lange vor Ausbruch der Covid-19-Pandemie gegolten. Allerdings hat uns die Pandemie in besonderem Maße auf Schwachstellen und Versäumnisse unserer Verwaltung aufmerksam gemacht, deren Behebung nun ein rasches und gemeinschaftliches Handeln von Seiten des Senats, der Bezirke und Ämter verlangt.

Wege aus dem Lockdown.



Wir fordern konkret:

Homeoffice und Telearbeit

Bei der IT-Ausstattung von Beschäftigten ist ein Paradigmenwechsel einzuleiten. Es wird ein insgesamt Bedarf für 25.000 mobile Endgeräte gesehen, mit denen wahlweise von Zuhause, unterwegs oder über eine "Dockingstation" in der jeweiligen Behörde gearbeitet werden kann.

Sicheres Intranet und VPN-Tunnel

Mit dem Aufwuchs bei mobilen Endgeräten ist auch die Zahl an parallelen Einwahlmöglichkeiten zu VPN-Tunneln von derzeit 4.000 auf mindestens 12.500 zu erhöhen. Für die Zeit nach der Corona-Krise zeichnet sich darüber hinaus jetzt schon ein hoher Investitionsbedarf in Netze, Technik und Hardware ab, der vom Senat in den Nachtragshaushalt einzubringen ist. Schließlich muss gewährleistet sein, dass für den Verwaltungsbetrieb (ohne Schulen und Hochschulen) dauerhaft eine Bandbreite im zweistelligen Giga-bit-Bereich zur Verfügung steht.

Sichere Telefon- und Videokonferenzplattform

Für die Berliner Verwaltung wird eine tragfähige Telefon- und Videokonferenzplattform mit insgesamt bis zu 20 Videokonferenzräumen aufgebaut, die das Führen von Fachgesprächen (unterhalb von „Verschlussache -Nur für den Dienstgebrauch“ VS-NfD) in den (Kern-)Arbeitszeiten ermöglicht (montags bis freitags, jeweils von 7 bis 19 Uhr). Daneben ist bis spätestens zum 20. September 2020 ein sicherer Messenger-Dienst für die Berliner Behörden einzuführen, der eine vertrauliche Kommunikation (bis zur Stufe VS-NfD) ermöglicht.

Die richtigen Prioritäten

Corona verändert vieles. Eines ist jedoch klar: Der Schutz der Gesundheit hat oberste Priorität. Neben der Gesundheit der Menschen belastet das Virus auch die Haushaltssituation des Landes. Neue Schulden sind absehbar. Künftige Steuereinnahmen sind in ihrer Höhe kaum zu prognostizieren. Das zwingt zu neuen Prioritäten, wenn Berlin nicht von Schulden gelähmt werden soll. Kommende Generationen sollen nicht noch in Jahrzehnten von den Gipfeln heute neu angehäufter Schulden auf die Pandemie blicken und ihrer Gestaltungsmöglichkeiten beraubt werden.

Deshalb müssen Investitionen und Maßnahmen Vorrang haben, die das Gesundheitswesen, Wirtschaft, Bildung und Verwaltung auch künftig leistungsfähig erhalten, krisensicher entwickeln und deren Rahmenbedingungen auf die Höhe der Zeit bringen. Bürokratieabbau und Digitalisierung können öffentliche Dienstleistungen und Einrichtungen leistungsfähiger machen und so auch helfen, Aktivitäten der Privatwirtschaften zu entfesseln.

Unsere Lehre aus Corona muss jetzt sein umzudenken, damit wir auch in der nächsten Krise handlungsfähig sein können. Dafür müssen wir anfangen Themen zu hinterfragen und neu zu bewerten, wie z. B. die Hauptstadtzulage oder die Vorkaufsrechte von Flächen und Immobilien.

Vorrangig müssen wir den Menschen wieder Vertrauen geben und Zuversicht vermitteln. Wir müssen jetzt Blockaden auflösen und ideologische Irrwege vermeiden! Das Ziel muss es sein, die Zukunft der Berlinerinnen und Berliner positiv und ohne Angst zu gestalten. Dafür bedarf es größerer Anstrengungen. Datenautobahnen vor Pop-up-Radwegen, wachstumsorientierte Stadtentwicklung statt klassenkämpferischer Enteignungsfantasien, kluge Zukunftsinvestitionen vor Gefälligkeitspolitik.

Denn das Streben nach Freiheit und neuen Ideen ist stärker als die Sehnsucht nach der Vergangenheit!

Fraktion der Freien Demokraten
im Abgeordnetenhaus von Berlin
Preußischer Landtag
Niederkirchnerstraße 5
D-10117 Berlin
info@fdp-fraktion.berlin